

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 7

Das Blatt erscheint jeden Sonntagabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee, 8246.

Hamburg, den 14. Februar 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Zu den Tarifverhandlungen in Berlin.

Am Donnerstag, 6. Februar 1920, begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen der beiderseitigen Verbände zunächst ohne einen unparteiischen Vorsitzenden. Unter allgemeiner Zustimmung wurde Herr Anders, Berlin, zum Vorsitzenden bestimmt. Kollege Streine ersuchte, bevor wir in die Beratungen des Tariffschemas eintraten, vorerst über die Erhöhung der Steuerungszulage zu beraten. Wenn diese Frage entschieden sei, könne die noch übrig bleibende Zeit ausschließlich dem Tariffschema gewidmet werden. Eine eingehende Begründung über die Notwendigkeit einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Steuerungszulage erbringt Herr Kruse kann dem nicht zustimmen, von der Gestaltung des künftigen Tariffs werde die Haltung seiner Kollegen zu der Steuerungszulage abhängen. Die Mitglieder mußten sich doch erst vor dem Inkrafttreten des Tariffs dazu äußern, ob sie die getroffenen Vereinbarungen billigen können; mittlerweile sei der alte Tarif abgelaufen und da müßte doch Gewißheit herrschen, ob ohne Tarif gearbeitet werden soll, oder ob der alte nach weiter läuft. Streine erklärte, daß auch unsere Kollegen zu dem Tarif sich zu äußern hätten; wenn da die Zeit bis zum 15. Februar zu kurz sei, so stehe der Tarifverlängerung nichts entgegen, das könne aber kein Grund sein, doch zuerst über die Steuerungszulage zu verhandeln. Es gehe nicht an, daß wir ohne jegliche Vereinbarung einer Zulage nach Hause kommen und erst ihre Zustimmung zu dem leeren Tariffschema erhalten wollen. Von Arbeitgebersseite wird des Weiteren darauf hingewiesen, daß sie die Forderung der Lohnerhöhung nicht erhalten hätten; sie sei jetzt erst den Bauverbänden unterbreitet worden und bis deren Äußerungen eingehen, können noch 8 bis 10 Tage verlaufen. Zu dem bestche gar keine Gewißheit, ob wir von den Behörden die neue Erhöhung zurückhalten. Diese Frage müsse doch auch erst geklärt werden. Es könne deshalb erst nach der Beratung des Tariffs zu der Steuerungszulage Stellung genommen werden. Die Lage des Malerwerkes liege am allerschlimmsten daneben, dazu hätten die neuen Bestimmungen im Tarife im Lande bei den Meistern große Unruhe hervorgerufen. Nach längeren Gegenüberhaltungen unserer Vertreter gaben die Arbeitgeber folgende Erklärung ab:

Wir sind außerstande, eine Steuerungszulage in der geforderten Höhe zu gewähren, bevor das Tariffmuster fertig und unsere Mitglieder Stellung genommen haben. Entgegenkommend sind wir aber bereit, in eine abschlagsweise Verhandlung über die Steuerungszulage morgen in die Verhandlung einzutreten.

Nach eingehender Beratung der Gehilfenvertreter gab Kollege Streine hierauf folgende Erklärung ab:

Wir sind bereit, die Verhandlung über unsere Lohn-erhöhung heute auszusetzen in der Voraussetzung, daß uns morgen früh ein annehmbares Angebot als Abschlagszahlung auf unsere geforderte Lohn-erhöhung gemacht wird und die endgültigen Verhandlungen so beschleunigt werden, daß sie in aller Kürze zum Abschluß kommen. Unsere weitere Stellungnahme müssen wir von Ihrem morgigen Angebot abhängig machen.

Darauf erfolgte eine allgemeine Aussprache über das in der eingereichte Tariffmuster. Kollege Streine erläuterte die von der Gehilfenschaft beantragten Änderungen zu den einzelnen Paragraphen. Eine Reihe der früheren Bestimmungen sei überholt, den örtlichen Verhältnissen müsse mehr als bisher Rechnung getragen werden. Wie sehr das beiderseitige Arbeiten oft erschwert worden ist, sei bekannt. Durch unsere Reformierung werde der neue Vertrag klarer und übersichtlicher, was im beiderseitigen Interesse liegt. Darum gehe er sich auch der Hoffnung hin, daß die Vorlage in der neuen Gestaltung die Zustimmung der Meister erhalte. Namens der Meistervertreter führte Herr Kruse aus, daß sie wünschen, auf der Grundlage des bisherigen Tariffs zu verhandeln.

Es könnten gewiß manche Bestimmungen geändert werden, aber viele Rechte, die seither die Meister im Tarife hatten, seien beseitigt und weitgehende neue Forderungen aufgestellt worden, über die bisher die Meistervertreter keine Einigung erzielt hätten. Nach dieser allgemeinen Aussprache erfolgte Schluß der Sitzung.

Als Abschlagszahlung schlug Herr Kruse nach Eröffnung der Sitzung auf Grund ihrer Beratung vor, für alle Städte über 100000 Einwohner bis zum Inkrafttreten des Tariffs 15 pSt. und für alle übrigen Städte 10 pSt. Lohn-erhöhung zu gewähren.

Ohne weitere Sonderberatung konnte Kollege Streine die Erklärung abgeben, daß dieses Angebot kein Entgegenkommen sei, wie es von unserer Kollegenschaft erwartet werde. Für den allergrößten Teil der Gehilfen bedeute dies eine Zulage von 28 % die Stunde, nur einige wenige Orte würden 45 % erhalten. In Anbetracht der allgemeinen großen Teuerung müsse eine gleichmäßige Abschlagszahlung von mindestens 90 % pro Stunde erfolgen, sonst würde die Differenz zwischen den großen und kleinen Städten eine Spannung zeitigen, die wir im Interesse der Lebenshaltung unserer Kollegen nicht verantworten können; auch müsse für die Inkraftsetzung des Tariffs eine genaue Befristung angegeben werden.

Die Arbeitgeber berieten sodann unter sich und machten folgendes Angebot: Vom 15. Februar an wird bis zur endgültigen Erzielung der Tarifverhandlungen eine Abschlagszahlung von 75 % gewährt den Städten: Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Leipzig, Halle und Mainz; den übrigen Großstädten über 100000 Einwohner 60 %, allen übrigen Orten 40 % pro Stunde. Die Arbeitgeber verkennen nicht, daß die Lage der Gehilfenschaft eine sehr schlechte ist und diese in der Lohnhöhe gegenüber andern Arbeiterschichten zurücksteht; es hätte aber keinen Zweck, hier Sätze zu bewilligen, die draußen auf den größten Widerstand stoßen würden. Kollege Streine erklärte auch dieses Angebot für nicht akzeptabel. Die Differenz sei eine zu große; nur wenige Städte seien herausgegriffen, dann erfolge wieder eine Staffelung zwischen Groß- und Kleinstädten. Die Gehilfenvertreter stehen auf dem Standpunkt, daß die Abschlagszahlung eine gleichmäßige sein müsse, da überall die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen eine sehr schlechte sei, durch die Teuerung die Not überall eine große. Vielleicht wäre es ratsam, daß die Bauvertreter mit den Bezirksleitern einmal untereinander beraten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitgebern nach einer Sonderberatung abgelehnt. Streine spricht das Bedauern der Gehilfenvertreter darüber aus, da auf diesem Wege eine Verkündigung leichter möglich gewesen wäre. Das Angebot von 40 % müsse unbedingt ausscheiden, zudem jetzt schon aus vielen kleineren Orten unsern Kollegen höhere Angebote ihrer Meister vorliegen.

In der Nachmittagsitzung wurde den Arbeitgebern folgender Vorschlag unterbreitet: „Für alle Großstädte, mit Einschluß der dazu gehörigen Wirtschaftsgebiete, beträgt die Abschlagszahlung 75 % die Stunde, für alle übrigen Lohngebiete 60 %. Unter diesen Abschlag herunterzugehen ist für die Gehilfenvertreter unmöglich.“ Nachdem die Arbeitgeber auch auf ihrem Standpunkt verharrten, waren die Verhandlungen zunächst auf den toten Punkt angelangt. Nach weiteren Auseinandersetzungen kamen die Parteien überein, die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Erler vom Reichsarbeitsministerium fortzuführen. Hierüber werden wir in der nächsten Nummer des „Verbands-Anzeiger“ berichten. Für heute nur soviel, daß am Ende der Beratung Einigung darüber erzielt wurde, daß in Lohngebieten mit über 100000 Einwohnern vom 15. Februar an M. 1,20 pro Stunde, in allen übrigen M. 1 bezahlt werden. Im übrigen soll noch in einzelnen Lohngebieten ein besonderer Ausgleich erfolgen. Der genaue Wortlaut der Vereinbarungen wird am Sonntag festgesetzt und hierauf über das Tariffschema verhandelt werden.

Was wird werden!

Unsere wirtschaftliche Lage ist durch die jahrelangen Wirklungen des Krieges und durch sein katastrophales Ende auf einen Tiefstand herabgedrückt worden, der in gegenwärtiger Stunde kaum einen Ausblick auf eine Besserung zuläßt. Vor dem Kriege hatte sich in jahrelanger Entwicklung die Umwandlung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat vollzogen. Mit dem ständigen Anwachsen der Bevölkerungsziffer hatte sich längst die Notwendigkeit einer namhaften ausländischen Lebensmittelausfuhr herausgestellt. Im Gegensatz zu Rußland, dessen ungeheure Bodenfläche dem russischen Völk auch bei jahrelanger Abzehrung von der Außenwelt eine ausreichende Ernährung ermöglichen würde, war Deutschland im agrarischen Sinne für die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes schon lange vor dem Kriege zu klein geworden. Tatsächlich führten wir vor dem Kriege ganz erhebliche Mengen an Lebensmitteln aus dem Auslande ein.

Der Prozeß der Industrialisierung hatte natürlich für große Bevölkerungsschichten die Umformung, und Einstellung auf bestimmte, durch die Eigenart der Industrie bedingte Lebensverhältnisse zur Folge. Es bildete sich jener Gegensatz zwischen Stadt und Land heraus, der insbesondere während der Kriegszeit erkennen ließ, daß die Lebensbedingungen der städtischen und industriellen Bevölkerung von denen der agrarischen Volksschichten abwichen und daß die Frage der Ernährung sich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen für die Stadtbevölkerung viel schneller und in viel größerer Tragweite zu einer Katastrophe gestalten kann, als bei der in den elementarsten Lebensbedingungen mehr gesicherten Landbevölkerung. Die industrielle Entwicklung hat also im wirtschaftlichen, industriellen und privaten Leben bestimmte Verhältnisse gezeitigt, und die Lebensbedingungen der Industriebevölkerung waren auf bestimmte Formen zugeschnitten. Deutschland war unter den führenden Industriestaaten mit an die erste Stelle gerückt, unterhielt bedeutende Handelsverbindungen mit allen Völkern der Erde, und in großen Mengen wurden unsere industriellen Erzeugnisse auf den Märkten der Welt abgesetzt. Unsere Ausfuhr betrug 1910: 5,48, 1911: 8,89, 1912: 9,88 Milliarden Mark. Bergegenwärtig man sich, was eine derartige Ausfuhr für die Lebenswerte, für die einheimische Industrie bedeutet, im höchsten Grade viele Millionen von Menschen wirtschaftlich von der für das Ausland arbeitenden Industrie abhängig waren und wie sehr dieser bedeutende Erwerbszweig und durch ihn unser ganzes Wirtschaftsleben auf diesen Faktor eingestellt war, so kann man sich vorstellen, welche Katastrophe es für unsere Wirtschaftsfrage bedeutete, als Deutschland durch den Ausbruch des Krieges plötzlich und unvorbereitet aus dem Organismus der Weltwirtschaft herausgeschleudert wurde. Wir waren 1914 immerhin ein verhältnismäßig reiches Land, das für einen gewissen Zeitraum von den Vorräten leben konnte, die sich in 4 Jahren einer im ganzen günstigen Wirtschaftsentwicklung auf allen Wirtschaftsgebieten angesammelt hatten. So war man sich bei Ausbruch des Krieges der ersten Bedeutung der über uns verhängten wirtschaftlichen Weltabgeschlossenheit um so weniger bewußt, als man die lange Dauer des Krieges und seine Ausdehnung auf politischem, militärischem und technischem Gebiete nicht voraussehen konnte. Erst in der Folge stellten sich mit steigender Fühlbarkeit die Folgewirklungen der über uns verhängten Blockade ein und immer fester schloß sich der verhängbare eiserne Ring um uns. Abgesehen von der ganz unverhältnismäßigen militärischen Uebermacht unserer Gegner, die ja einen deutschen Sieg von vornherein unwahrscheinlich machte, wurde ganz besonders unsere wirtschaftliche Abschnürung von der Außenwelt zum Verhängnis des deutschen Volkes. Mit dem Schwinden unserer Vorräte setzte die abnorme Wirtschaftsentwicklung der Kriegsjahre ein, Mangel, Teuerung, Zwangswirtschaft, Wucher, Schleichhandel und Schiebertum waren die Folgeerscheinungen, die alle auf die gemeinsame Ursache des Krieges zurückzuführen sind. Gegenüber den wachsenden Anforderungen des Krieges, der namentlich auch in technischer Beziehung sich zu gigantischen Formen ausstreckte, trafen alle anderen Lebensbedürfnisse in den Hintergrund. Die Kriegswirtschaft war die Grundlage und der beherrschende Faktor der Kriegswirtschaft. Sowohl in der Ernährung wie in dem durch den Krieg bedingten ungeheuren technischen Bedarf war Deutschland ganz auf seine Eigenwirtschaft angewiesen. Die Folgen unserer Isoliertheit trafen immer mehr zutage und es erfolgte schließlich der Zusammenbruch, der bei einem so gigantischen Zusammenwirken gegnerischer Kräfte und Kampfmittel ja auch unausbleiblich war.

Unsere Niederlage hat uns politisch und wirtschaftlich von den siegreichen Gegnern abhängig gemacht, und es sind nicht eben wohlwollende Mächte, in deren Hand jetzt zum großen Teil unser Zukunftsschicksal gegeben ist. Die Ernährungsbedingungen berauben uns eines großen Teiles unserer Landbesitzes, unserer Bodenschätze und wesentliche Grund-

waren 450 zu verzeichnen. Ferner wurden noch 866 beitragsfreie Parteien abgegeben.

Die infolge der Beschlüsse der Generalversammlung notwendige Beitragserhöhung wurde in der Filiale nebst Zahlstellen gegen eine Stimme angenommen und ohne Schwierigkeit von der 40. Beitragswache an durchgeführt.

Nachdem seit 1908 wiederholt von der Gehilfenschaft Anregungen wegen Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises gegeben worden waren, die Unternehmer sich aber stets ablehnend verhielten, können wir jetzt endlich einen Erfolg feststellen.

Große Widerstände waren zum Teil zu überwinden, um die Höhe des jetzigen teuren Lebensverhältnissen anzupassen. Das hiesige Unternehmertum verhielt sich gegenüber unsern Anträgen auf Erhöhung des Lohnes fast durchweg ablehnend.

Zur Durchführung der Lohnzulage mit Lohnausgleich ab 16. Februar mußten wir erst den Schlichtungsausschuß zu Hilfe nehmen. Die Unternehmer vertraten hier entgegen dem klaren Wortlaut der Abmachung den Standpunkt, daß der volle Lohnausgleich erst ab 16. März zu bezahlen sei.

Als die Gehilfenschaft durch die sorgfältig verteuerten Lebensverhältnisse am 14. August erneut eine Teuerungszulage von 45 % die Stunde forderte, wurde sie glatt abgewiesen; erst der Schlichtungsausschuß, an den wir uns wandten, trat in einem Schiedsspruch am 30. September und 30. % Teuerungszulage auf die bestehenden Tariflöhne zu.

Der Lohn, einschließlich 21 % Lohnausgleich, ist in Chemnitz von 1918 bis 1919 um 188 % pro Stunde gestiegen, was eine prozentuale Erhöhung um 214 % ausmacht.

Für unsere Zahlstellen Aue, Frankenberg, Hohenstein und Wittweida gilt der Reichstatist. Hier wurden teils durch persönliche Verhandlungen, teils durch das Schiedsgericht auf Grund der zentralen Vereinbarung vom 29. April noch etwas über die zentral vereinbarten Zulagen hinaus bewilligt.

Der Lohn in den Zahlstellen bewegt sich für Gehilfen über 20 Jahre von 170 bis 220 % die Stunde. Für Schwarzenberg besteht ein Lohnabkommen, das 285 % für die Stunde vorsieht.

Von den vor Kriegsausbruch bestandenen Zahlstellen haben die Orte Aue, Frankenberg, Wittweida, Obernhausen und Dederan sich während des Krieges gehalten, während wir in den Orten Annaberg, Burgstädt, Flöha, Hainichen, Hohenstein, Limbach und Schwarzenberg Neugründungen vornehmen mußten.

In den Orten Eibenstock, Geyer, Lengsfeld, Schlettau und Waldheim hat mit Ausnahme von Waldheim überhaupt noch keine Zahlstelle bestanden; es sind dies neugewonnene Orte.

In der Chemnitzer Metallindustrie kam es aus verschiedenen Gründen wiederholt zu kurzen Streiks und Aussperrungen, woran auch Mitglieder unserer Organisation beteiligt waren. Die Chemnitzer Unternehmer des Bauberufs wollten das Ortsaristamt nicht mehr anerkennen; sie behaupten, der Arbeitgeberverband habe sich aufgelöst.

Nachdem sich die Bauarbeiterkommission wieder konstituiert hatte, wurde erneut die Forderung an die Stadtverwaltung gestellt: Anstellung von Baukontrolleuren aus

Arbeiterkreisen. In den früheren Jahren hat das Stadtverordnetenkollegium dies stets abgelehnt, diesmal wurde nach einem Bericht des Kollegen Wulff beschlossen, Kontrollure aus Arbeiterkreisen anzustellen.

Zu der unter 1 genannten Bestimmung mußte man infolge der großen Arbeitslosigkeit kommen, da verschiedentlich festgestellt werden konnte, daß städtische Arbeiten von Arbeitern ausgeführt wurden, die weit außerhalb Chemnitz, ja sogar in anderen Regierungsbezirken wohnten.

Wir haben in aller Kürze einen Überblick von dem verflochtenen Jahr gegeben. An Arbeit für die Organisation hat es der Verwaltung nicht gefehlt. Leider ist dies für unsere Kollegen im Beruf nicht zu sagen.

Wenn auch die Aussichten für die Zukunft keine guten sind, so dürfen wir aber trotz alledem den Mut nicht sinken lassen. Wir müssen unsern einmal als richtig erkannten Standpunkt konsequent weiter verfolgen, indem wir fest und treu zu unserm Verband stehen.

Eingefandt.

Ein Wort zur Sozialisierung.

Mit Genugtuung habe ich die Ausführungen des Kollegen Wulff in Nr. 50 des „Vereins-Anzeiger“ gelesen und möchte ihm nun auch gern dieselbe verschaffen.

Nun behauptet Kollege Wulff, daß die Wirtschaftsverhältnisse so bleiben sollen. Davon aber ist gar keine Rede gewesen und kann auch keine Rede sein.

Ob das eine Generation dauert oder gar 50 Jahre, möge dahingestellt bleiben. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, inwiefern sie in der Lage ist, die politische und wirtschaftliche Macht zu besitzen.

Nun zu dem Wörtchen „Wir“, an dem Kollege Wulff solchen Anstoß genommen hat, daß er mit ehelichem Grimm in seinem sozialen Herzen das geheimnisvoll heruntergeklappte Visier geöffnet haben möchte.

Wie ich schon erwähnte, hat es mich außerordentlich gereut, daß der Faden der Anregung, die ja auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, weitergesponnen wurde.

Die drei Grundbedingungen einer Sozialisierung.

Unter der Ueberschrift „Die drei Grundbedingungen einer Sozialisierung“ erschienen in Nr. 4 des „Vereins-Anzeiger“ einige Betrachtungen, mit denen meines Erachtens eine große Anzahl Kollegen nicht einverstanden sein können.

Wenn die Möglichkeiten in den Vordergrund geschoben werden sollten, wie wir sie aus den Zeilen der ersten Grundbedingung ersehen, ist an eine Sozialisierung überhaupt nicht zu denken. Gewiß wollen wir erst wagen und dann wagen, doch fassen wir die Sozialisierung gleich beim richtigen Ende an.

Der zweiten und dritten Grundbedingung einer Sozialisierung kann man im großen und ganzen zustimmen, doch liegt hierin gerade der wunde Punkt, und wir haben die Aufgabe, die Menschheit so zu erziehen, daß sie für die neue Ordnung so vollkommen ist.

Daß in einem sozialisierten Betriebe Disziplin, Ordnung und Pünktlichkeit herrschen muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Ohne einen Vergleich mit Deutschland zu wollen, will ich darauf hinweisen, daß in Russland vorübergehend in einzelnen lebenswichtigen Betrieben sogar die Sonntagsarbeit eingeführt wurde.

Heinrich Bruns, Bremen.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Arbeit und Tuberkulose. In den Beiträgen zur Klinik der Tuberkulose bringt Landesgewerbeamt Dr. Koelsch aus der Porzellanindustrie interessante Beweise für die Zusammenhänge, die zwischen der Arbeit des Berufes und der Tuberkulose bestehen.

Sozialpolitisches.

Lohn- und Lebenshaltungskoeffizient. Vom Reichsarbeitsministerium ist eine Lohnstatistik in Aussicht genommen, die im Monat Februar d. J. in einer großen Zahl deutscher Gewerbebetriebe zur Durchführung gelangen soll.

für welche die Unterlagen bereits ... worden sind und gegenwärtig bearbeitet werden.

Ingeachtet dieser hervorragenden Bedeutung der Lohnarbeit ist die freudige Mitarbeit aller Beteiligten, die schon bei den Vorarbeiten in dankenswerter Weise zum Ausdruck kam, unerlässlich.

Möbelwucher. Es wird allerhöchste Zeit, daß auch allgemein den Wucherern das Handwerk gelegt wird, die aus alten Möbeln ein Vermögen herauszuschlagen, diesen Wucherern, die durch ihre Phantakpreise, weil die Not es ermöglicht, die Möbel zu solch einem Werte getrieben haben, daß den Verkäufern die Einrichtung oder die notwendig werdende Vervollständigung ihrer Wohnungen unmöglich ist.

Um wenigstens die tollsten Auswüchse dieses Möbelhandels zu bekämpfen, ist man in Emden diesen Möbelwucherern kürzlich in nachahmenswerter Weise auf Grund des § 12 Ziffer 1 und 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen auf den Leib gerückt.

Tausende Proletarier würden bald den Segen dieser Maßnahme verspüren, wenn sie in allen Gemeinden zur Durchführung gelangte.

Genossenschaftliches.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Verunnt soll man dort nehmen, wo sie zu haben ist. Das gilt besonders von der Vernunft in wirtschaftlichen Dingen.

„Zweifellos ist die Genossenschaftsbewegung derjenige Faktor, der bei allseitiger Anteilnahme durch die allmähliche Ablösung der privatkapitalistischen Güterverteilung in eine gemeinwirtschaftliche die heute dem Lebensmittelhandel anhaftenden Uebel beseitigen kann.

Es kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß, wenn die deutsche Genossenschaftsbewegung bei Ausbruch des Krieges einen entsprechenden Anhang in den Verbraucherfreisen gehabt hätte, manche unliebsamen Vorkommnisse bei der Warenverteilung dem deutschen Volke hätten erspart werden können.

Die hier entwickelten Anschauungen können im allgemeinen nur gebilligt werden. Die Gewerkschaften können unzweifelhaft für die Förderung der Konsumvereine noch recht viel leisten.

die über Verständnis und Erfahrung verfügen, nicht etwa halbe oder ganze Papierfoldaten, die sich lediglich durch das große Wort und das rücksichtslose Urteil in Empfehlung bringen.

Eine Genossenschaft für Herstellung von Volkermöbeln und Wohnungseinrichtungen in München. Eine Anzahl organisierter Tapezierer in München hat sich zu einer Produktivgenossenschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam zu produzieren und zu verkaufen.

Der größte deutsche Konsumverein. Der Konsum, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg, hat sich auch im verflochtenen Jahr an erster Stelle in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gehalten.

fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengestellt vom Patentbureau Krueger, Dresden. Angemeldete Patente: Kl. 22b. 6. O. 10852. Nob. Oldenbrugg, Nürnberg; Seerose. Verfahren zum Anstreichen von Holzgegenständen und Mauerwerk.

fachliteratur.

Illustrierter deutscher Materialkalender für 1920. Herausgegeben von Cornelius Hebing, Schriftleiter der deutschen Malerzeitung „Die Mappe“.

Filialangelegter gesucht. Die Filiale Königsberg i. Pr. sucht einen Geschäftsführer. Der Antritt muß alsbald erfolgen. Bewerbungen bitten wir bis zum 1. März an den Kollegen ...

Durch Verwendung

Kronengrund erspart

man sich in den meisten Fällen

das mühsame Abbeizen alter, selbst gerissener Anstriche.

Lesen Sie das Handbuch „Neue ölfreie Grundiertchnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis M. 3,85 postfrei.

Kalender im Laufe der Jahre ein alter flehgeworbener Bekannter geworden, der von ihnen beim Jahresbeginn freudig erwartet wird. Soll er doch soweit wie möglich auf die verschiedensten Fragen, wie sie im praktischen Berufsleben vorkommen, Auskunft geben, Bezugsquellen für Materialien, Gebrauchsgegenstände, Fachschriften vermitteln und sonst dergleichen mehr.

Literarisches.

Für Betriebsräte und Gewerkschaften! Das nach langem Streite zustande gekommene Reichsgesetz über Betriebsräte erfüllt gewiß nicht die berechtigten Erwartungen der Arbeiter und Angestellten.

Der Referent für Arbeitsrecht im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge, der bekannte Sozialpolitiker Dr. Heinz Wotthoff, der schon im vorigen Sommer einen sehr lehrreichen Vortrag über die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte veröffentlicht hat, gibt jetzt im Verlage der Münchner Volkshandlung, Fritz Dilling, München, Postloggstraße 27, unter dem Titel: „Betriebsräte-Gesetz“ ein Schriftchen heraus, das den Wortlaut des Gesetzes, die Wahlordnung nebst Muster der Wahlen, Bekanntmachungen usw. und in systematischer Uebersicht eine knappe, aber erschöpfende Darstellung und Erläuterung des komplizierten Gesetzes enthält.

Die „Freie Welt“. Illustrierte Wochenschrift der U.S.P.D. Preis der Nummer 30 Pf. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ G. m. b. H., Berlin NW 6.

Die Woche vom 15. bis 21. Februar 1920 ist die 7. Beitragswoche.

Nr. 5 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

Lüchtige Vertreter,

bei der Malerinnenschaft gut eingeführt, v. leistungsfäh. Schablonefabrik gesucht. Angebots an A. Martin & Sohn, Dresden-K. 10, GutsMuths-Platz.

Streichbürsten

Pinzel aller Art

in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert E. W. Witte, Berlin S 59, Fichtestr. 2.

Firniss,

Sack, Leim, Schellack kauft jeden Pochen Handlung chemischer Produkte, Berlin O 24, Wilhelm-Strohe-Strasse 20, Königsplatz 7317.

Malerleim.

Mir haben an einigen Plätzen noch unsere Vertretung zu vergeben. Deutsche Riedstoffwerke G.m.b.H. Danau a. M.